

Nationalpolitisch, nicht sozial ist Trumpf!

Von unserem Vertreter.

vi. Wien, 9. Juni.

Die Entwicklung, die die innerpolitischen und zumal die parlamentarischen Verhältnisse in Oesterreich aufzuweisen, ist außerordentlich lehrreich. Als seinerzeit das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für den Reichsrat zur Einführung gelangte, war, um diese Reform auch denjenigen genehm zu machen, die ihr ablehnend gegenüberstanden, gesagt worden, daß durch die Aufhebung des bisher bestandenen Privilegien-Wahlrechts dem nationalen Zwist, in dessen unheilvollen Zeichen unser gesamtes öffentliches Leben so lange gestanden hatte, ein Ende gemacht werden, und daß in Zukunft nur die sozialen Fragen im Vordergrund stehen würden. Diese Vorhersagungen haben sich schon nach der Wahl des ersten sogenannten Volkshauses als vollkommen irrig erwiesen. Noch niemals waren die nationalen Gegensätze im österreichischen Abgeordnetenhaus mit solcher Schärfe zum Ausdruck gekommen, wie in den letzten Jahren, und die Erwartung, daß nicht nur der so lange erhoffte deutsch-tschechische Ausgleich nun endlich zustande kommen würde, erwies sich als eine ebenso falsche Voraussetzung, wie die, daß sich nun leichter ein Weg finden werde, um auch das südslawische Problem zu lösen, das dem der sprachlichen Verhältnisse in den Sudetenländern an Bedeutung nichts nachgibt.

Durch die Vorgänge, deren Schauplatz das Parlament gleich nach seinem Wiederzusammentreten am 30. Mai geworden ist, ist uns die Enttäuschung, die die ungeschwächte Fortdauer des nationalen Kampfes auch nach der Einführung des allgemeinen Stimmrechts hervorgerufen hatte, neuerdings in Erinnerung gebracht worden. Was jetzt geschehen ist, hätte man früher, selbst in der Zeit des sogenannten „eisernen Kriegs der Rechten“, der alle Gegner des österreichischen Deutschthums und des politischen Fortschritts umschloß, hatte — es handelt sich um die berüchtigte dreizehnjährige Ära des Ministerpräsidenten Grafen Taaffe — nicht für möglich gehalten. Damals war, das kann ruhig gesagt werden, in Oesterreich mit vollem Bewußtsein gegen die Deutschen regiert worden, und dennoch ist es niemand eingefallen, die sprachliche Einheitlichkeit der Verhandlungen der Volksvertretung und der darüber verfaßten amtlichen Protokolle anzutasten, da eben selbst die nationalen Gegner der deutschen Parlamentsparteien sich der Notwendigkeit nicht verschließen konnten, der deutschen Sprache in Staat und Verwaltung eine vermittelnde Stellung einzuräumen. Es ist der Tagung des Reichsrats, die nach drei Kriegsjahren stattfindet, vorbehalten geblieben, in dieser Beziehung eine Wandlung herbeizuführen. Nicht der Standpunkt der Billigkeit und Gerechtigkeit, auch nicht der Zweckmäßigkeit ist für die nicht-deutschen Parteien des Abgeordnetenhauses der maßgebende, sondern ausschließlich der, keine Gelegenheit vorübergehen zu lassen, ohne in demonstrativer Form darauf hinzuweisen, daß sich die Deutschen in Oesterreich in der Minderheit befinden, und daß die Slaven darauf pochen, ihre Mehrheitsrechte geltend zu machen. Das ist der Sinn des Antrages gewesen, durch dessen Annahme die bisherigen Bestimmungen der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses in der Weise abgeändert wurden, daß von nun an auch alle in nicht-deutscher Sprache gehaltenen Reden der Abgeordneten in den amtlichen Verhandlungsberichten verzeichnet werden müssen.

Wenn man diesen von der tschechischen Partei erzwungenen Beschluß zusammen mit den in der Eröffnungssitzung des Parlaments abgegebenen staatsrechtlichen Erklärungen, mit dem Verlangen der Tschechen, den unter der Anklage des Hochverrats stehenden Abgeordneten K l o s a c zu den Parlamentsitzungen zuzulassen und mit der vom tschechischen Verbände an den verurteilten Hochverräter Dr. Kramarcz gerichteten Begrüßung in Betracht zieht, wenn man sich vergegenwärtigt, daß im Herrenhause die dort durchaus neue Erscheinung zu verzeichnen war, daß von neuen Mitgliedern Angelobungen in nicht-deutscher Sprache geleistet wurden, wird man zugeben müssen, daß unser innerpolitisches Leben gegenwärtig mehr denn je durch nationalpolitische Einflüsse bestimmt wird.

Es ist schon erwähnt worden, daß auch das Herrenhaus, in dem die Gegensätze der Parteien und der Nationen sonst nur sehr selten und dann auch unter Wahrung aller gesellschaftlichen und parlamentarischen Formen zur Geltung kommen, mit der Wiedereröffnung des Parlaments das nationale Moment stärker betont. Als Anzeichen dafür muß der Zusammenschluß der deutschen Herrenhausmitglieder aus den Sudetenländern und deren Fühlungsnehmen mit ihren Landsleuten aus dem Abgeordnetenhaus betrachtet werden, die als Antwort die Bildung einer Vereinigung von tschechischen Herrenhausmitgliedern zur Folge hatte. Auch das Entstehen einer polnischen Gruppe ist bereits im Zuge. Der Vorstoß, den die nicht-deutschen Parteien des Abgeordnetenhauses unter der Führung der Tschechen gegen die deutsche Parlamentspartei unternommen haben, hat die Entwicklung der Verhältnisse im angeedeuteten Sinne noch beschleunigt. Die Verfassungspartei und die Mittelpartei, die beide auf dem Boden von politischen Programmen

stehen, die die Erhaltung der Einheitlichkeit des Reiches und der Stärkung des deutschen Einflusses im gesamtstaatlichen Leben fördern, haben die Gelegenheit, die ihnen durch die Beratung der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen neuen Geschäftsordnung geboten wurde, nicht unbenuzt gelassen, sondern haben sich bestimmt gefunden, mit allem Nachdruck zu erklären, daß sie die schwersten Bedenken dagegen haben, daß das festeste Bindemittel, das den österreichischen Staat zusammenhält, der Gebrauch der deutschen Sprache in Verwaltung und öffentlichem Leben, mehr und mehr ausgeschaltet werden soll.

So sehen wir, daß es immer wieder nationale Fragen sind, die in beiden Häusern des österreichischen Reichsrats eine wichtige Rolle spielen, und daß soziale Aufgaben daher wenig Aussicht haben, Beachtung zu finden. Das Abgeordnetenhaus hat sich den Unwillen weiter Bevölkerungskreise zugezogen, indem es, bevor es noch all der ungeheuren Schäden gedachte, die der Krieg in volkswirtschaftlicher Beziehung gebracht hatte, die ersten Sitzungen, die es nach dreijähriger Pause hielt, dazu benutzte, um unter dem vielversprechenden Titel einer Geschäftsordnungsreform Beschlüsse zu fassen, die einerseits zur Verschärfung der nationalen Kampf Stimmung beitragen müssen, und andererseits sich mit der sozialen Frage doch etwas allzu sehr pro domo zu befassen, indem es für die Abgeordneten an Stelle der bisherigen Diäten ein festes, unbefristetes und nicht zu pfändendes Jahresgehalt von 12 000 Kronen festsetzte.